



Steuern: Zucker doch mit an Bord?

Auch FinanzKommission fordert Abgabe auf Süßgetränke

Die deutschen Zahnärzte sind schon lange dafür, dass Limo, Cola und Energy-Drinks teurer werden. Nun plädiert auch die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen (CDU) eingesetzte FinanzKommission Gesundheit (FKG) für die Einführung einer Zuckersteuer. In ihrem Ende März vorgestellten, ersten Bericht findet sich unter den 66 Reformempfehlungen auch die mit dem Titel „Einführung einer gestaffelten Steuer auf zuckergesüßte Erfrischungsgetränke“. Nüchtern skizzieren die zehn Wissenschaftler unter Leitung des Gesundheitsökonomen Prof. Dr. Wolfgang Greiner die Ausgangssituation: „Derzeit werden die externen Kosten des Konsums zuckergesüßter Getränke kollektiv über das Solidarsystem der GKV getragen, während die preisliche Steuerung des Konsumverhaltens in Deutschland faktisch kaum erfolgt.“

Flüssiger Zucker – teure Konsequenzen

Ein signifikanter Anteil der Zuckeraufnahme erfolge über zuckergesüßte Getränke, deren Pro-Kopf-Konsum in Deutschland bei etwa 90 bis 100 Litern pro Jahr liege. Der Konsum führe zu einer Zunahme des Körpergewichts und sei mit einem erhöhten Risiko für Typ-2-Diabetes, Herz-Kreislauferkrankungen, Karies und Mortalität assoziiert. „Diese Krankheiten führen zu

hohen Kosten im Gesundheitssystem, und die jährlichen assoziierten Brutto-Versorgungskosten von erhöhtem Softdrinkkonsum können für die GKV auf etwa 3,5 Milliarden Euro beziffert werden“, heißt es im FKG-Bericht.

Ziel: Zuckergehalt senken

Um Druck auf die Hersteller von Süßgetränken auszuüben, habe sich international die Einführung einer entsprechenden Abgabe bewährt. Der Vorschlag der Finanzkommissare sieht vor, dass Süßgetränke nur noch dann steuerfrei blieben, wenn sie maximal fünf Gramm Zucker je 100 ml Flüssigkeit enthielten. Die Maximalbelastung solle bei einem Zuckergehalt über acht Gramm je 100 ml Flüssigkeit bei 32 Cent je Liter liegen. Kommissionsmitglied Prof. Dr. Ferdinand M. Gerlach verwies darauf, dass der Zuckergehalt von Softdrinks in anderen europäischen Ländern deutlich niedriger sei als in Deutschland – für ihn eindeutig eine Folge der Besteuerung.

Nach anfänglichem Widerstand zeigt sich inzwischen auch Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen (CDU) offen für die Einführung einer Zuckersteuer. Auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart im Februar wurde ein entsprechender Antrag des schleswig-holsteinischen Ministerpräsi-

denten Daniel Günther noch abgelehnt. Nun geht Günther über den Bundesrat. Dort wurde der Kieler Antrag in die Ausschüsse verwiesen – unter Federführung des Ausschusses für Agrarpolitik und Verbraucherschutz.

Keine Widerstände aus Bayern zu erwarten

Bei der SPD dürfte die Einführung einer entsprechenden Herstellerabgabe nicht auf Widerstand treffen. Dr. Christos Pantazis, Arzt und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, bekundet hierzu: „Wer die Gesundheit der nächsten Generation stärken will, muss bereit sein, strukturelle Maßnahmen umzusetzen. Evidenz liegt vor – jetzt braucht es politischen Gestaltungswillen.“ Klaus Holetschek, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, bekundete im Rahmen der Veranstaltung „DAK im Dialog“ (siehe Seite 4), man könne „selbstverständlich politisch über eine Zuckersteuer reden“. Das müsse aber in Berlin entschieden werden. Neben der Einführung der Limosteuer empfiehlt die FKG auch die Erhöhung der Tabak- und Spirituosensteuer. Dem könnte sich die CSU vielleicht auch anschließen, denn Bier soll nicht teurer werden.

Matthias Wallenfels